

Der Titel-Aufmacher der Illustrierten **„Stern“ vom 4.2.1010** unter der Schlagzeile „Lieber Kasse als privat - Warum es trotz Zuzahlung besser ist, gesetzlich versichert zu sein“ erfordert angesichts seiner einseitigen und erkennbar mehr auf Knalleffekt als auf umfassende Information zielenden Tendenz einige **Anmerkungen:**

Die Überschrift erweckt den Eindruck einer vergleichenden Darstellung der Kosten und der Leistungsfähigkeit von privater Krankenversicherung (PKV) und gesetzlichen Krankenkassen (GKV), die der Text an keiner Stelle erfüllt.

Der „Stern“ zitiert einige wenige Streitfälle um Versicherungsleistungen, wobei Auseinandersetzungen in einem Massengeschäft mit mehr als 100 Millionen Einzelabrechnungen pro Jahr völlig normal sind. Angesichts von rund 9 Millionen Vollversicherten und 21 Millionen Zusatzversicherungen in der PKV liegt die Zahl der Streitfälle im Promillebereich. Die zitierten 5000 Beschwerden beim PKV-Ombudsmann im Jahr 2009 entsprechen knapp 0,017 Prozent der Versicherten. Die zahllosen bei Sozialgerichten und Petitionsausschüssen anhängigen Klagen von GKV-Versicherten über Leistungsverweigerungen werden vom „Stern“ mit keinem Wort erwähnt.

Im „Stern“-Artikel fehlt ein seriöser Beitragsvergleich mit der GKV. Kompletter verschwiegen wird auch, dass in der GKV zusätzlich zum Monatsbeitrag Praxisgebühren sowie Zuzahlungen und vielfach komplette Alleinzahlungen für nicht verschreibungspflichtige Arzneimittel fällig werden, was aber zu einer vollständigen Kostenbetrachtung gehört. So wird z.B. der Beitrag einer vierköpfigen Familie in der PKV auf 900 Euro beziffert und mit rund 560 Euro GKV-Beitrag verglichen. Verschwiegen wird z.B., dass der GKV-Beitrag auf bis zu 1120 Euro steigt, wenn beide Eltern erwerbstätig sind.

Zudem lässt der „Stern“ die Tatsache unerwähnt, dass Jahr für Jahr viele Milliarden zusätzlich aus der Staatskasse in die GKV fließen, was die Versicherten also letztlich über ihre Steuern selber zahlen müssen. Allein in diesem Jahr erhält die GKV 15,7 Milliarden Euro Zuschuss aus der Staatskasse. Diese Summe entspricht einer GKV-Beitragssteigerung um rund zehn Prozent. Die Staatszuschüsse in Milliardenhöhe gehören zu den Kosten des GKV-Systems und sind zudem eine Wettbewerbsverzerrung zu Lasten der PKV, was in einem Vergleich nicht ausgeblendet werden darf.

Unerwähnt bleibt im „Stern“ ferner die Tatsache, dass die GKV-Beiträge keinerlei Vorsorge für die im Alter steigenden Gesundheitskosten und die absehbaren demografischen Belastungen enthalten. Die PKV ist demgegenüber sowohl steuerfrei als auch schuldenfrei finanziert und hat überdies mehr als 115 Milliarden Euro als Zukunftsvorsorge angespart.

Unerwähnt bleibt ebenso die Tatsache, dass nur die PKV ihren Versicherten lebenslang garantierte vertragliche Leistungen bietet, die nachträglich weder durch das Unternehmen noch durch Eingriffe der Politik verringert werden können. In der GKV hingegen hat es in den letzten Jahren zigfache Eingriffe in den Leistungsumfang gegeben (Praxisgebühr, Zuzahlungen, Ausschluss von Leistungen). Vor diesem Hintergrund ist der PKV vor der Auswahl-Entscheidung der Versicherten nicht bange.

Der „Stern“ erwähnt den PKV-Nettoneuzugang von knapp 60.000 Vollversicherten im Jahr 2007, also kurz nach den drastisch erhöhten Zugangshürden durch Ulla Schmidts Gesundheitsreform, als vermeintlichen Hinweis auf Probleme der Branche. Verschwiegen wird, dass der Nettoneuzugang längst wieder deutlich gestiegen ist, auf 90.300 im Jahr 2008 und sogar auf 98.800 zusätzliche PKV-Vollversicherte allein im ersten Halbjahr 2009, obwohl diese Zahlen längst öffentlich bekannt sind. Die PKV ist also eine wachsende Branche, auch in Krisenzeiten.

Dass der „Stern“ zwar von Problemen älterer PKV-Versicherter mit hohen Beiträgen schreibt, dabei aber den von der Branche eigens für solche Fälle geschaffenen, deutlich billigeren Standardtarif verschweigt, wirkt ebenfalls nicht seriös. Langjährig Privatversicherte können im Standardtarif ein GKV-Versorgungsniveau zu deutlich niedrigeren Preisen als in der GKV erhalten.

Richtig ist, dass nicht nur die GKV ein Kostenproblem hat, sondern dass auch die Leistungsausgaben der PKV in den letzten Jahren um jeweils etwa 6 Prozent und damit teilweise stärker als in der GKV gestiegen sind. Dies geht vor allem auf die stark steigenden Kosten für Arzthonorare zurück. Die PKV selbst hat mehrfach öffentlich auf diese Tatsache hingewiesen. Sie zeigt, dass die PKV endlich die Möglichkeit zu Verhandlungen und Verträgen mit den Ärzten und anderen Anbietern von Gesundheitsleistungen erhalten muss, wie sie die gesetzlichen Kassen längst haben.

Der „Stern“ vergleicht unzulässigerweise die Verwaltungs- und Abschlusskosten der PKV mit den reinen Verwaltungskosten der GKV, die er mit 5 Prozent beziffert. In der PKV betrug der Anteil der Verwaltungskosten an den Beitragseinnahmen 2008 nur 2,61 Prozent (mit seit Jahren sinkender Tendenz). Die Abschlusskosten sind hingegen nicht vergleichbar, weil die GKV als zwingende Pflichtversicherung keinen aktiven Vertrieb nötig hat.

Die vom „Stern“ plakativ dargestellte, willkürliche Auswahl einiger weniger, nur oberflächlich geschilderter und so von uns nicht überprüfbarer Einzelfälle sowie die zitierte Umfrage eines wenig bekannten Instituts stehen in klarem Widerspruch zu allen seriösen Patienten-Umfragen, die seit vielen Jahren konstant eine deutlich höhere Zufriedenheit von Privatversicherten gegenüber gesetzlich Versicherten zeigen:

- KBV-Versichertenbefragung, Forschungsgruppe Wahlen, März 2009: 90 Prozent der Privatversicherten fühlen sich im Krankheitsfall gut abgesichert, aber nur 75 Prozent der gesetzlich Versicherten.
- MLP-Gesundheitsreport, Allensbach, Juni 2009: 90 Prozent der Privatversicherten fühlen sich gut abgesichert, aber nur 58 Prozent der gesetzlich Versicherten.
- Ernst & Young, Gesundheitsbarometer, 2000 Befragte, Februar 2009: „Privatpatienten fühlen sich deutlich besser betreut als Kassenpatienten.“

Alle relevanten Umfragen sowie netto über 100.000 neue PKV-Vollversicherte im Jahr 2009 zeigen, dass die PKV attraktiv ist und bleibt. So stellt sich am Ende die Frage, wer ein Versicherungssystem wohl besser beurteilen kann: Eine Illustrierte mit dem Drang zu einer knalligen Schlagzeile – oder fast 30 Millionen Privatversicherte in eigener Sache.